

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

N^o 266.

Donnerstag, den 17. November

1881.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeladn 20 Pf.

*Waldenburg, 16. November 1881.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser conferirte am 14. d. nachmittags mit Bismarck und am 15. d. mit dem Kronprinzen.

Der Bundesrath beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 15. d. u. A. mit der vom Reichskanzler angeregten Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz. Es handelt sich um das polizeilich anzuordnende Tödtten von während der Sperre frei umherlaufenden Hunden. Weiter wurden die Etats der Marineverwaltung, der Eisenbahnen, des auswärtigen Amtes zc. festgestellt.

Der preussische Minister der Geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten v. Gossler hat durch Erlaß vom 14. October d. J. in Folge einer freitigen Frage dahin Entscheidung getroffen, daß dem Eintritt eines katholischen Pfarrers in den Kirchenvorstand einer zu der Pfarrgemeinde gehörigen Filial-Kapellen zc. Gemeinde, welche einen eigenen Geistlichen nicht hat, fernerhin nicht entgegenzutreten sei. Die Königlichen Regierungen sind angewiesen worden, demgemäß ihre Verfügungen zu modificiren, und weitere Bestimmungen einzurichten.

Zur Verathung von technischen und Verwaltungsfragen aus dem Gebiete der Post und Telegraphie sind eine Anzahl von Poststräßen und Telegraphenämtern größerer Post- und Telegraphenämtern aus allen Theilen des Reichs-Postgebiets nach Berlin berufen worden. Die Eröffnung dieser Conferenz hat am 10. d. durch den Staatssekretär Dr. Stephan stattgefunden. In der Eröffnungsrede wies derselbe nach einem Rückblick auf die in den letzten Jahren und insbesondere seit Vereinigung der Telegraphie mit der Post durchgeführten Veränderungen und Erleichterungen auf die Aufgaben hin, welche die keinen Stillstand gestattende, andauernde Verkehrs-entwicklung dem Dienstbetriebe und der Verwaltung auferlegen und hob im Anschlusse hieran die wichtigsten Gruppen der der Conferenz unterbreiteten Berathungs-Gegenstände hervor. Dieselben betrafen im Wesentlichen: Einrichtungen aus Anlaß der Entwicklungen des telegraphischen Betriebes, Vereinfachungen im technischen Postdienste, neue, durch die sehr bedeutende Zunahme des bankmäßigen Verkehrs der Postanstalten bedingte Vorkehrungen zur Sicherung des Rassenbetriebs und verschiedene Fragen betreffs der Personal-Angelegenheiten, namentlich in Verbindung mit den Wohlfahrts-Einrichtungen der Verwaltung. Am Schlusse seiner Ansprache betonte der Staatssekretär, daß es aber nicht einmal auf die Einrichtungen, vielmehr auf den Geist ankomme, der die Verwaltung durchdringe. Habe die Post- und Telegraphen-Verwaltung, allerdings begünstigt durch die großen Zeiten, welche wir durchlebt haben und Dank der Förderung, welche der Reichskanzler diesen von ihm von vornherein durch die Verfassung stark und einheitlich organisirten Reichs-Institute jederzeit habe angebeihen lassen, Vieles zu erreichen vermocht und genieße sie in der ganzen Welt ein hohes Ansehen, so sei dies namentlich auch durch den Geist erreicht worden, von welcher sie erfüllt und der das Ganze durchströmen müsse, wie der Strom die elektrische Kette, und den er Alle bitte zu bewahren und zu pflegen, da hierin besonders auch die Bürgschaft der Zukunft liege. Nach Beendigung der Ansprache trat die Versammlung sogleich in ihre Berathungen ein, welche voraussichtlich den Zeitraum von 8 bis 10 Tagen in Anspruch nehmen dürften.

Die Augsb. „Allg. Ztg.“ bringt folgende beachtens-

werthe Mittheilung aus Nürnberg: „Ein Verwandter des Fürsten Bismarck, der kürzlich in Nürnberg war, äußerte sich zu einem Freunde betreffs aller falschen Gerüchte, die man in der Semitenfrage dem Kanzler untergeschoben, Fürst Bismarck, bei dem er jüngst in Barzin war, habe ihm erklärt: „Diese Frage ist schon oft an mich herangetreten, ich hätte mich aber wohl, etwas zu äußern, weil es ja doch wieder entfällt wird. Ich habe ähnliche Erfahrungen in der Socialistenfrage bitter durchgemacht, in der ich mir die Finger verbrannte; denn als ich manches von ihnen gut fand, da hauchte man jahrelang auf mir herum, und als ich das Socialistengesetz durchbrachte, hauchten diese Leute wieder auf mich, bis heute. Ich überlasse die ganze Frage den Geseßen, dafür sind diese da.“ — Ferner äußerte Fürst Bismarck: „Unser ganzes Wahlsystem ist falsch. In einem wohlgeordneten Staate sollte jede Stimme Geltung haben. Ich meine, wenn verschiedene Parteien durch ganz Deutschland am gleichen Tage stimmen, sollte für jede ihre Partei die Stimmen sammeln und diese dann für je 25,000 Stimmen einen Vertreter ihrer Partei wählen können; denn der Unsinn liegt klar zu Tage, daß, wo Parteien fast pari stehen, die andere Hälfte garnicht zur Geltung kommt. Auch fielen dadurch die Kirchthurmsinteressen und die widerlich störenden persönlichen Streitigkeiten ebenso wie die Stichwahl fort. Wie sollte aber erst nun der Landmann die Schattierungen verwickelter Parteiverhältnisse, wie liberal, natinal-liberal und Seccession begreifen; wozu diese vielen fremden Bezeichnungen für eine deutsche Sache? Ich meine schlechweg, daß, wenn man einen allgemeinen Landverein oder meinethalben nur Bauernbund gründete, so wäre dies verständlich und jedenfalls sachlicher, die Städte sind ohnehin stark genug im Parlament vertreten.“

Durch die Stichwahlen hat sich auch die Zahl der Doppelwahlen beträchtlich erhöht. Es sind zweimal gewählt Falk in Bunzlau-Lüben und Worms-Heppenheim, v. Forckenbeck in Wolmirsdorf-Neuhaldensleben und Sagan-Sprottau, Liebknecht in Mainz-Doppenheim und Offenbach-Dieburg, Lenzmann in Dortmund und Altena-Ferloh, Richter in Berlin V. und Sagen, Rückert in Danzig und Coburg, v. Sauten in Berlin III. und Lablau-Wehlau und v. Schorlemer-Alst in Ahaus-Steinfurt und Bochum. Neuwahlen müssen in Folge dessen stattfinden für Worms, Sagan-Sprottau (wo Dr. Karl Braun bereits aufgestellt ist), Altena-Ferloh, Berlin V., Coburg (wo Mommsen als Candidat auftritt), Berlin III. und Ahaus-Steinfurt. Liebknecht hat das Mandat für Mainz angenommen, so daß im Wahlkreise Offenbach-Dieburg eine Nachwahl nöthig wird.

Wie aus Paris gemeldet wird, hätten die drei Botschafter zu Berlin, Petersburg und Wien, Graf St. Vallier, General Changy, Graf du Châtel, sich verständigt, ihre Haltung gegenüber dem Cabinet Gambetta gemeinsam zu reguliren und eventuell gemeinsam zurückzutreten. Voraussetzlich wird dieser Rücktritt erfolgen, wenn die Herren Say, Ferry und Freycinet dem Cabinet fern bleiben und dasselbe eine durchaus radikale Färbung annehmen sollte.

Aus Paris wird gemeldet, daß der französische Botschafter in Berlin, Graf St. Vallier, und der Botschafter in St. Petersburg, General Chancy, demissionirt haben.

Die vorliegenden Wahl-Resultate schließen auch eine conservativ-kerikale Mehrheit aus.

Der Anti-Semit Kaufmann Herzog in Berlin, dessen Schnittwaaren-Geschäft das Gerson'sche längst überflügelt hat und welcher durch Beitrag von 160,000 Mark bei der Wahl-Agitation in Berlin

eine hervorragende Rolle spielte, hat folgendes Schreiben des Kanzlers erhalten: „Barzin, 11. November. Ich danke Ihnen verbindlich für die Aufmerksamkeit, welche Sie mir durch Uebersendung Ihrer elegant ausgestatteten Agenda erwiesen haben und benütze diesen Anlaß gern, um meiner Freude über Ihre opferbereite und muthige Theilnahme an dem Kampfe gegen die Fortschrittspartei Ausdruck zu geben. Das glänzende Beispiel, welches Sie durch Ihr Eintreten in die Wahlbewegung gegeben haben, wird, wie ich hoffe, belebend auf solche Gesinnungsgenossen wirken, deren Zurückhaltung von persönlicher und sachlicher Mitwirkung eine der Ursachen des gegnerischen Sieges bildet. v. Bismarck.“

Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat dem Bundesrath die Beschlußfassung über den Antrag der Danziger Privat-Aktienbank, ihr die mit dem 16. März 1882 erlöschende Befugniß zur Ausgabe von Banknoten bis zum 1. Januar 1891 zu verlängern, anheimgegeben.

Nachdem in Folge der Bestimmungen der Handels-Verträge zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bezw. der Schweiz die für Handlungsreisende unentgeltlich auszufertigenden Gewerbe-Legitimations-Karten eine veränderte Gestalt erhalten haben, hat der Handelsminister die Spezialregierungen beauftragt, zur Beseitigung von Mißverständnissen die Beteiligte darauf aufmerksam zu machen, daß diese Karten, welche in der Ueberschrift die Worte „für Handlungsreisende“ führen, nicht allein zur Legitimation derjenigen dienen, welche im Dienste einer fremden Firma reisen, sondern auch die Legitimation derjenigen selbständigen Gewerbetreibenden bilden, welche persönlich für ihre eigene Firma reisen. Die Aushändigung besonderer Zusammenstellungen der von den Handlungsreisenden zu beachtenden Anordnungen fällt künftig weg, da das Erforderliche auf die Rückseite der Gewerbe-Legitimationskarte aufgenommen ist. Vom 1. Januar 1882 ab hört die Befugniß der Handlungsreisenden, aufgekaufte Waaren behufs deren Beförderung nach dem Bestimmungsort mit sich zu führen auf, sie dürfen dann nur noch Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen.

In der Sitzung der bayerischen Kammer vom 15. d. wurde der Antrag Mayers auf Aufhebung der obligatorischen Civilehe von der Rechtspartei geschlossen gegen die Linke angenommen. Der Justizminister Fäustle schloß seine ausführliche Gegenrede, worin er die Motive des Antrags widerlegt und die Undurchführbarkeit nachzuweisen sucht mit dem Bemerkten: Angesichts dessen bin ich vom Gesamtministerium zu erklären ermächtigt, daß es nicht in der Lage, die Krone im Sinne des Antrages Mayer zu berathen.

Frankreich.

Der General Sauffier telegraphirt aus dem Lager von Kahiruan, 7. Nov., an den Kriegsminister: „Die jüngsten Sendungen aus Sufa haben es möglich gemacht, die Verpflegung der Truppen zu verbessern. Der Gesundheitszustand ist zwar nicht so gut, wie ich wünsche, aber doch ziemlich befriedigend. Gestern und heute haben die Stämme, welche sich unterworfen haben, angefangen, ihre Waffen auszuliefern. Im Süden haben die Insurgenten unter einander mehrere Gefechte gehabt, indem die Einen sich uns ergaben, die Anderen den Aufstand fortsetzen wollten. Unser Vormarsch, welcher nahe bevorsteht, wird eine Lösung herbeiführen.“

Die neuen Minister traten zu einer Berathung zusammen und ertheilten dabei der Erklärung ihre Zustimmung, welche Gambetta bei Beginn der Sitzungen des Senats und der Kammer abgeben

